

Begründung zum „Klimanotstand“-Antrag
Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Rhein Neckar
Stefan Geißler,
28. Juli 2020, Rheinhalle Ketsch



Sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

was haben die Städte Heidelberg, Erlangen, Konstanz, Saarbrücken, Köln, Bochum, Düsseldorf, Karlsruhe, Aachen, Münster, München, Los Angeles, Basel, London, Vancouver, der Kreis Düren, das Bundesland Berlin, das EU Land Spanien und seit Ende 2019 auch die EU gemeinsam? In all diesen Städten (weltweit bereits weit über 1000 an der Zahl) und Kreisen, Staaten und der EU hat der jeweilige Rat (bzw. das Parlament) den Klimanotstand ausgerufen. Sind das alles radikale Müsli-Hochburgen, die von grünen Extremisten regiert werden? Nein, natürlich nicht. Dort haben die Verantwortlichen oft quer durch die politischen Lager schlicht einen kritischen Blick auf die Lage geworfen und ihre Schlüsse gezogen und einen Beschluss gefasst, meist mehr oder weniger wie der, zu dem Ihnen heute ein Antrag vorliegt: Nämlich der Antrag, den Klimanotstand zu erklären.

Wenn man nämlich in einer dramatischen Lage erkennt, dass man mit den bestehenden Instrumenten nicht weiterkommt und die Lage ungebremst immer schlimmer wird, dann spricht man gemeinhin von einem „Notstand“. Und ein solcher Notstand liegt nach Ansicht von vielen auch hier längst vor.

Seit Jahren schreiten die Veränderungen, von denen uns die Wissenschaft sagt, wir müssen sie so schnell wie möglich aufhalten, ungebremst voran, nein sie beschleunigen sich noch von Jahr zu Jahr: Reden Sie mit Ihren Försterinnen und Förstern, reden Sie mit Menschen in der Tourismusbranche z.B. in Skigebieten oder reden Sie mit den Verantwortlichen bei BASF, die im letzten Jahr wegen Rheinniedrigwasser über Wochen teure Anlagen stilllegen mussten, Produktionsausfälle und Millionenverluste inbegriffen. Das alles findet längst vor unseren Augen statt und da könnte man jetzt endlos weitere Beispiele aufzählen.

Nun ist das alles ja nicht erst seit gestern bekannt. Es wäre für uns alle seit Jahren höchste Zeit gewesen, auf diese Entwicklungen zu reagieren. Aber das findet nicht statt, auch bei uns im Kreis nicht: Es liegen seit kurzem auf der Website www.klimaschutz-rnk.de des Kreises aktuellere Zahlen zur Entwicklung des CO₂-Ausstoßes in den letzten Jahren vor, zumindest bis 2017. Und diese Zahlen zeigen in nüchterner, schonungsloser Klarheit: Es hat im Kreis seit 2010 praktisch überhaupt kein messbarer Fortschritt stattgefunden. Nicht im Energieumsatz insgesamt, der quasi unverändert ist, und vor allen nicht bei der Rate der dabei eingesetzten Erneuerbaren Energien. Wir treten seit zehn Jahren auf der Stelle!

Wir sind alle gut darin, wohlklingende Presseveröffentlichungen zu verfassen und diktieren in jeden Journalistenstenoblock, dass der Klimaschutz eine zentrale Aufgabe und von höchster Bedeutung für die kommenden Generationen ist. Wir reden viel wenn der Tag lang ist, aber wir kriegen im Bereich Klimaschutz bislang kaum was messbares hin. Derzeit haben unsere Maßnahmen nicht ausgereicht, in den Zahlen zum Klimageschehen im Kreis auch nur eine kleine Delle zu hinterlassen.

Und daher halten wir den Begriff Klimanotstand hier für angemessen und geboten. Und damit sind wir nicht allein: Seriöse Umfragen zeigen über die ganze erste Jahreshälfte 2020 hinweg, dass auch eine große Mehrheit in der Bevölkerung trotz der großen Sorgen um Corona sich bewusst ist, dass die Klimakrise die weit dringendere dramatische und wichtige Krise ist. Auch die Ergebnisse des Bürgerkonvents in Frankreich zeigen deutlich, dass die Bevölkerung oft bei diesem Thema schon sehr viel weiter ist als die Politik. Und dennoch liegt heute hier neben unserem Antrag auch ein Antrag der CDU, der dafür plädiert unseren Antrag wieder von der Tagesordnung zu nehmen, zu vertagen auf „eine der nächsten Sitzungen“ und inzwischen in gewohnter Weise weiterzumachen und der Öffentlichkeit damit zu erklären, „alles in Ordnung, kein Grund zur Sorge, wir kümmern uns!“ Wir Grünen teilen diese Meinung nicht – wir denken die Zeit ist reif, uns und der Öffentlichkeit klarzumachen, ein „Weiter So“ reicht nicht mehr.

Soll keiner sagen wir seien ungeduldig: Wir hatten den vorliegenden Antrag zum Klimanotstand in der grünen Fraktion im Sommer 2019 einstimmig beschlossen und ihn dann im Herbst den demokratischen Fraktionen dieses Gremiums vorgelegt mit der Frage „können wir uns darauf einigen“? Die Zustimmung war zunächst verhalten. Nicht wenige scheinen mit dem „Notstand“ im Klimanotstand so ihre Probleme zu haben und halten das für Alarmismus oder fühlen sich erinnert an die Notstandsgesetze der 60 und 70er Jahre. Aber mit dem Klimanotstand soll weder Symbolpolitik betrieben, noch die Demokratie eingeschränkt werden.

Mit einigen engen Verwandten des Begriffs Klimanotstand, z.B. dem „Pflegetotstand“ oder dem „Bildungsnotstand“ haben anscheinend weniger Zeitgenossen Probleme: Hier sind die meisten bereit anzuerkennen, dass „Notstand“ die jeweiligen Verhältnisse manchmal schon recht zutreffend beschreibt. Und so werden diese Begriffe auch von Vertretern aller Parteien gerne verwendet. Und nur beim Klima soll das auf einmal Panikmache sein, wenn man von Notstand spricht?

Stellungnahmen der anderen Fraktionen

Bei der letzten Ratssitzung kurz vor Ende des Jahres 2019 war der Begriff Klimakrise bereits Thema der Aussprache und das erlaubt mir, auf einige der Antworten die im Rat gegeben wurden einzugehen: von Seiten der CDU wurde darauf verwiesen, dass wir im Klimaschutz doch bereits so viel erreicht hätten. Es ist richtig, dass zu dem Thema viel Papier beschrieben wird, aber leider sprechen Zahlen, wie oben ausgeführt eine andere Sprache, und wir müssen konstatieren, dass wir nach Jahren und Jahrzehnten von Klimaschutzpolitik im Rhein Neckar Kreis, die Sie sicher besser kennen als ich als Neuling, anscheinend gerade erst am Anfang stehen. Von Seiten der SPD wurde uns Schaufensterpolitik vorgeworfen, worauf wir antworten, wir glauben fest daran, dass Themen von dieser Tragweite am besten für alle sichtbar öffentlich besprochen und beschlossen werden müssen und wir stellen die Gegenfrage, ob es nicht vielmehr Schaufensterpolitik ist, wenn wir uns für PR-trächtige aber weitgehend unzureichende Maßnahmen öffentlich auf die Schulter klopfen.

Eine interessante Wortmeldung gab es von Seiten der AFD die bemerkte, dass der CO₂ Gehalt in der Atmosphäre doch seit jeher wild hin und her geschwankt habe und das zeige, dass von einem menschengemachten Einfluss auf das Klima hier keine Rede sein könne.

Zunächst freut es uns, dass Sie Texte über den Klimawandel lesen aber schade, dass sie nicht weiter gelesen haben, denn dann wären Sie auf die Informationen gestoßen, dass in den letzten 500.000 Jahren in der Tat der CO2 Anteil in der Atmosphäre sich stets zwischen 180 und ungefähr 280 ppm hin und her bewegte - stets im Gleichschritt mit deutlichen Veränderungen des Klimas und des Meeresspiegels. Nun jedoch haben wir es innerhalb weniger Jahrzehnte geschafft den Anteil auf über 415 ppm nach oben zu katapultieren ohne jedes Anzeichen einer Verlangsamung. Solche Veränderungen gab es noch nie, nicht in dieser Geschwindigkeit und ganz bestimmt nicht in einer Welt, in der nicht nur ein paar Mammuts sondern in der sieben Milliarden Menschen ernährt werden müssen und über zwei Milliarden Menschen nicht weit über dem Meeresspiegel leben. Für diese rasanten und dramatischen Veränderungen kommt keine andere Ursache in Frage als unsere Aktivitäten als Menschen. Die AfD stellt sich mit Ihren Ansichten auch zu diesem Thema wie bei so vielem ins Abseits.

Von den Klimaexpertinnen und -experten z.B. vom Potsdamer PKI, auf die sich auch der Entwurf des Kreis-Klimaschutzkonzepts beruft, werden wir seit langem gemahnt, wir müssen wenn wir das Pariser Abkommen von 2015 ernst nehmen, unseren CO2 Ausstoß pro Jahr um 6 bis 7% nach unten zu fahren, Herr Dr. Kessler von der KLIBA hat uns das im Vortrag neulich nochmal nachdrücklich klargemacht. Davon jedoch sind wir auf Kreisebene derzeit noch meilenweit entfernt. Und nebenbei: diese eben erwähnten 6-7% ergeben sich aus der Sachlage von 2015 (Pariser Abkommen), das ist aber auch schon wieder fünf Jahre her, in denen nichts passiert ist – die nötige Absenkung muss daher inzwischen sicher eher steiler erfolgen.

Wirtschaftliche Argumente

Aber ok, wir erkennen an, diese Klimaargumente sind für manche Zeitgenossen nicht überzeugend: Eisbären und Gletscher scheinen weit weg. Tja, was machen wir denn da? Ok, wissen Sie was, ich komme mit meiner Argumentation mal von einer ganz anderen Ecke. Ich komme Ihnen jetzt mit ganz harten Euros! Und zwar nicht mit harten Euros, die wir zahlen müssen, sondern mit harten Euros, die eine richtig angepackte und umgesetzte Energiewende einbringt. Eine klug umgesetzte Energiewende hat das Potenzial, Millionen von € im Jahr zu erwirtschaften, nicht zu kosten (einige von Ihnen haben mit uns zusammen ein solches Beispiel im Februar besucht) Wir reden von Mio € Mittel, die dann vor Ort bleiben, die nicht mehr abfließen an den Arabischen Golf oder nach Russland, sondern die hier bei uns Wertschöpfung und Beschäftigung erzeugen und in Infrastruktur und soziale Projekte investiert werden.

Wir haben beim Kreis unlängst angefragt, wie hoch denn schätzungsweise die Aufwände für die Einkäufe von fossilen Energien im Kreis sind; welche Mittel fließen pro Jahr von hier aus der Region ab. Die Schätzungen gehen in die Richtung von weit über 1 Mrd € / Jahr, die (wir erinnern uns an die Aussagen der Experten von gerade eben), in den nächsten Jahren völlig ersetzt werden müssen. Was folgt daraus? Es ist wohl keine Übertreibung, wenn wir prophezeien, eine solche Energiewende wird vom Umfang her das größte Projekt sein, an dem jede und jeder einzelne von uns einschließlich Herrn Dallinger jemals die Chance haben wird, konkret mitzuarbeiten.

Klimaschutz ist Wirtschaftsförderung!

Weshalb ausgerechnet die AfD allerdings so versessen darauf ist, weiter jedes Jahr Millionen nach Saudi-Arabien zu überweisen, verstehen wir einfach nicht. Wir plädieren vielmehr dafür, mit gutem deutschen Wind und deutscher Sonnenenergie gute deutsche Euros für deutsche Kindergärten zu erwirtschaften. Schade, dass Sie dabei nicht mitmachen wollen.

Der Klimanotstandsantrag

Das Positive ist nun, bei unserem Antrag muss niemand befürchten, dass sich daraus direkt unabsehbare juristische Konsequenzen ergeben. Die Erklärung des Klimanotstandes ist zunächst einfach ein Akt der Ehrlichkeit: Wir gestehen uns und der Öffentlichkeit ein, mit einem „Weiter So“ ist es hier nicht getan. Sie müssen, und das ist eine weitere gute Nachricht, dafür auch gar nicht Grünen Aposteln hinterherlaufen; sie müssen sich kein Porträt von Claudia Roth oder Toni Hofreiter über's Bett hängen: Gerade die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der SPD haben so großartige Persönlichkeiten in Ihrer Geschichte, die bereits vor 20-30 Jahre erkannt haben, was die Uhr geschlagen hat. Beispiele sind Hermann Scheer von der SPD, dem wir alle soviel zu verdanken haben, oder Klaus Töpfer, auf den die CDU stolz sein darf.

Wir schlagen zusammenfassend mit unserem Antrag im Wesentlichen vor:

- 1) wir alle zusammen gestehen uns ein, dass unsere Maßnahmen in der Vergangenheit nicht ausgereicht haben, um unseren Anteil an der Eindämmung der Klimakrise zu leisten.
- 2) und dass zudem von nun an alle Beschlüsse des Kreises ähnlich wie hinsichtlich ihrer Finanzen in Zukunft auch hinsichtlich ihrer Folgen für das Klima bewertet werden.

Wir schlagen also explizit nicht ein Bündel von konkreten Maßnahmen vor. Dieses Bündel muss mit ihnen zusammen und den Expertinnen und Experten in der Verwaltung erstellt und implementiert werden. Von unserer Kritik an den dürftigen Fortschritten beim Klimaschutz möchten wir die in der Verwaltung tätigen Expertinnen und Experten ausdrücklich ausnehmen! Diese haben in dem engen Bereich, den ihnen der Kreistag mit dem Klimaschutzplan 2012 aufgetragen hatte, gezeigt, wie zielgerichtet und erfolgreich sie Maßnahmen planen und umsetzen können. Dafür gebührt Ihnen Anerkennung und Dank! Nun aber sehen wir mit Blick auf die Entwicklungen hier wie weltweit: das hat nicht gereicht, bei weitem nicht.

Zusammenfassend gilt: Mit einem weiter so ist es beim Klima nicht getan, statt dessen haben längst dramatische Veränderungen eingesetzt, auf die wir noch nicht annähernd angemessen reagiert haben und wofür wir derzeit noch nicht einmal einen Plan haben und deswegen liegt hier ein Notstand vor.

Einladung

Und gleich nächste Woche wollen wir mit Ihnen zusammen mit der Sacharbeit durchstarten: (wir haben Ihnen hier auch Einladungszettel mitgebracht und ausgelegt) Sie sind alle herzlich eingeladen für Mi 5.8. 17:00 zu einem Online Vortrag zum Thema Energiewende: Wie sie sicher gehört haben hat die Stadt Heidelberg inzwischen das Ziel ausgegeben „Klimaneutral 2030!“ (und damit meint sie die Stadt als Ganzes, nicht lediglich die Verwaltung.) Das ist sehr

ambitioniert! Aber wie geht sowas, was ist zu tun, damit man das erreichen kann? Die Physikerin Dr. Amany von Oehsen hat das für Heidelberg durchgerechnet, mit den nötigen Details zu den verfügbaren Mengen verschiedener Erneuerbarer Energieträger usw. Das wird sie uns nächste Woche zusammen mit Dr. Kessler von der Kliba vorstellen. Wir sind überzeugt, dass wir so einen Plan auch hier im Kreis brauchen: Was haben wir hier an natürlichen Ressourcen, wie kann man den Umstieg beschleunigen? Es ist höchste Zeit! Wir freuen uns auf Ihr Kommen und Ihre Mitarbeit.

Ich danke Ihnen.